

23.11.2020

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksachen 17/11100, 17/11800 (Ergänzung) und 17/11850 (Zweite Ergänzung) -

### 2. Lesung

## **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Einzelplan 06 - Ministerium für Kultur und Wissenschaft

**Berichterstatter**

Abgeordneter Markus Weske

### **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 06 unverändert angenommen.



## Bericht

### **A Beratungsergebnis des Fachausschusses**

Der Entwurf des Einzelplans 06 wurde vom

- |         |                                 |                 |
|---------|---------------------------------|-----------------|
| -       | Hauptausschuss                  | Vorlage 17/4245 |
| -       | Wissenschaftsausschuss          | Vorlage 17/4243 |
| und vom |                                 |                 |
| -       | Ausschuss für Kultur und Medien | 17/4254         |

beraten.

Zu den Beratungen lag der Erläuterungsband in Vorlage 17/3967 vor. Zu den Beratungen des Wissenschaftsausschusses lag die Vorlage 17/4093 vor. Zu den Beratungen des Ausschusses für Kultur und Medien lag die Vorlage 17/4149 vor. Zu den Beratungen des Hauptausschusses lagen die Vorlagen 17/4152, 17/4153 und 17/4154 vor

- a) Der Hauptausschuss hat den Einzelplan 06 in seinen Sitzungen am 5. November 2020 beraten und in seiner Sitzung am 19. November 2020 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen insgesamt fünf Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1) sowie der Fraktion der AfD (4) vor. Die Antragstellung, die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/4245. Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt. Der Einzelplan 06 wurde im Fachausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverändert angenommen.
- b) Der Wissenschaftsausschuss hat den Einzelplan 06 in seinen Sitzungen am 28. Oktober 2020 beraten und in seiner Sitzung am 18. November 2020 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen 38 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD (18), SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (4), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (19) sowie der Fraktion der AfD (2) vor. Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt. Die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus der Vorlage 17/4243. Der Einzelplan 06 wurde im Fachausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der AfD unverändert angenommen.
- c) Der Ausschuss für Kultur und Medien hat die kultur- und medienpolitisch relevanten Teile des Einzelplans 06 in seiner Sitzung am 6. November 2020 und 13. November 2020 und in seiner Sitzung am 19. November 2020 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen sieben Änderungsanträge der Fraktion der SPD zur Beratung und Abstimmung vor. Diese Änderungsanträge wurden abgelehnt. Das jeweilige Abstimmungsergebnis und das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich der Vorlage 17/4254. Die kultur- und medienpolitisch relevanten Teile des Einzelplans 06 wurden mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD - in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - unverändert angenommen.

## B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs

Das Berichterstattergespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 17/1159.

## C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/4234 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 17. November 2020 abgegeben.

Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 02 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

## D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/11920 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/11900.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 23. November 2020 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 06 befasst. Es lagen insgesamt 61 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellungen sowie die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang. Zur Begründung verwiesen die Fraktionen auf die jeweiligen schriftlichen Begründungen. Zu Kapitel 06 042 (Johannes-Rau-Forschungsinstitute) stellten die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Vielzahl von identischen Anträgen, die sich in der Begründung unterschieden. Auch in der abschließenden Beratung und Abstimmung wurden diese Anträge nicht zusammengeführt und nacheinander abgestimmt. Alle Änderungsanträge zum Zahlenwerk wurden abgelehnt.

## E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 06 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel  
Vorsitzender

<u>Anhang:</u>	25	Änderungsanträge der Fraktion der SPD
	4	Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	20	Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	12	Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	<p style="text-align: center;">SPD GRÜNE</p>	<p><b>Kapitel 06 027</b>      <b>Allgemeine Studierendenförderung</b>  <b>Titelgruppe 70</b>      <b>Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts</b></p> <p><b>Titel 671 70</b>      <b>Erstattung der Verwaltungskosten aus der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 22.200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">22.200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 24.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Darunter fallen auch die Angelegenheiten des Bundesausbildungsförderungsgesetzes. Der Bund übernimmt zwar die Kosten der tatsächlichen Zahlungen an die Studierenden. Die Studierendenwerke in NRW fungieren aber als Ämter für das BAföG, an denen Studierende einen Antrag auf Leistungen stellen können und Beratung erhalten. Weiter gestiegene Studierendenzahlen und notwendige Lohnsteigerungen führen zu einem höheren Bedarf für die Verwaltungskostenerstattung, für die das Land zuständig ist. Die letzte Erhöhung im Haushalt 2018 deckte den Bedarf nur zum Teil und die Kosten der BAföG-Antragsbearbeitung sind seitdem noch weiter gestiegen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 22.200.000 Euro	22.200.000 Euro	um 2.600.000 Euro		auf 24.800.000 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	ja	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	ja
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 22.200.000 Euro	22.200.000 Euro																														
um 2.600.000 Euro																															
auf 24.800.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	<p style="text-align: center;">SPD GRÜNE</p>	<p><b>Kapitel 06 027</b>      <b>Allgemeine Studierendenförderung</b>  <b>Titelgruppe 70</b>      <b>Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts</b></p> <p><b>Titel 684 70</b>      <b>Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 44.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">40.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 12.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 56.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Nur finanziell gut ausgestattete Studierendenwerke können dauerhaft eine gute soziale Hochschulinfrastruktur garantieren. Da die Grundfinanzierung der Studierendenwerke in den letzten Jahren nicht erhöht wurde, führt dies zu größeren finanziellen Belastungen der Studierenden durch stetig steigende Sozialbeiträge und höhere Kosten der Versorgung in den Mensen und Cafeterien.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 44.500.000 Euro	40.500.000 Euro	um 12.000.000 Euro		auf 56.500.000 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	ja	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	ja
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 44.500.000 Euro	40.500.000 Euro																														
um 12.000.000 Euro																															
auf 56.500.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 027</b> <b>Titelgruppe 70</b></p> <p><b>Titel 893 70</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 4.200.000 Euro um 5.800.000 Euro auf 10.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen an ihren Verwaltungsgebäuden und Mensen in Eigenbesitz benötigen die Studierendenwerke zusätzliche Mittel. Der hierfür vorgesehene Titel 893 70 wurde seit 2006 nicht mehr erhöht. Die Mittel sind deutlich zu knapp bemessen, um die anstehenden Maßnahmen abzudecken.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           ja FDP           nein GRÜNE       ja AFD           ja</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           ja FDP           nein GRÜNE       ja AFD           ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 027</b> <b>Titel neu</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Allgemeine Studierendenförderung Zuweisungen vom "Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona- Krise" zur Kompensation von Investitionsausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von                   0 Euro um   255.800.000 Euro auf   255.800.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Aus dem „Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“ sollen im Haushaltsjahr 2021 Investitionen getätigt werden, die die drohende schwere Rezession in Folge der akuten Corona-Pandemie abmildern sollen. Dieser Einnahmetitel dient der Kompensation entsprechender Ausgabenerhöhungen im Kapitel 06 027.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           Enth. FDP           nein GRÜNE       ja AFD           nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           Enth. FDP           nein GRÜNE       ja AFD           nein</p>



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 027</b> <b>Titelgruppe 70</b></p> <p><b>Titel neu</b></p> <p>Neuer Titel</p> <p><b>2021</b> von - Euro um 250.000.000 Euro auf 250.000.000 Euro</p> <p>Verpflichtungsermächtigung</p> <p style="text-align: right;">450.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die aktuellste Leistungsbilanz der Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke NRW beziffert den Sanierungsbedarf der Wohnanlagen der 12 Studierendenwerke auf 700 Millionen Euro. Die</p>	<p><b>Allgemeine Studierendenförderung</b> <b>Zuschüsse an die Studierendenwerke –</b> <b>Anstalten des öffentlichen Rechts</b> <b>Planungs- und Baukostenzuschüsse an</b> <b>die Studierendenwerke für Sanierung und</b> <b>Neubau von Studierendenwohnanlagen</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> -</p> <p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 50%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 50%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
CDU	nein																						
SPD	Enth.																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						
CDU	nein																						
SPD	Enth.																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						

		<p>Datenerhebung erfolgte grundsätzlich 2017 im Auftrag der Landesregierung. In ganz Nordrhein-Westfalen sind 97 Wohnanlagen mit 20.599 Wohnplätzen sanierungs- und/oder abrißbedürftig. Das entspricht 53 Prozent des Gesamtbestands der Studierendenwerke. Werden die Mittel nicht in den kommenden Jahren investiert, drohen Schließungen von maroden Wohnanlagen und die Verschärfung der Wohnungsnot von Studierenden in mehreren Städten.</p> <p>Der große Investitionsbedarf für Wohnanlagen kann nicht aus den bisher verfügbaren Mitteln der Studierendenwerke bezahlt werden. Es bedarf eines echten Zuschussprogramms, das mit diesem Titel geschaffen werden soll. Kreditprogramme sind für die Studierendenwerke keine ausreichende Option. Damit wird der Sanierungsstau bei den Studierendenwohnheimen nicht abgebaut werden können. Die Studierendenwerke hadern zu Recht mit der Aufnahme von Fremdkapital zur Sanierung von Wohnanlagen, da dies zu steigenden Mieten für die Studierenden führt.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b></p> <p><b>Titel 685 12 Bonn International Center for Conversion GmbH (BICC)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.030.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.030.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.060.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 1.030.000 Euro	1.030.000 Euro	um 30.900 Euro		auf 1.060.900 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 1.030.000 Euro	1.030.000 Euro																														
um 30.900 Euro																															
auf 1.060.900 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 685 12</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Bonn International Center for Conversion GmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.030.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.030.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>30.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.060.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von	1.030.000 Euro	1.030.000 Euro	um	30.900 Euro		auf	1.060.900 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																																	
von	1.030.000 Euro	1.030.000 Euro																																	
um	30.900 Euro																																		
auf	1.060.900 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AFD	nein																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AFD	nein																																		

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b>  <b>Titel 686 13 Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte (STI)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 309.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">309.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 9.270 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 318.270 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>            Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 309.000 Euro	309.000 Euro	um 9.270 Euro		auf 318.270 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 309.000 Euro	309.000 Euro																														
um 9.270 Euro																															
auf 318.270 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 13</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Ludwig-Steinheim- Institut für deutsch-jüdische Geschichte (STI) e. V. an der Universität Duisburg- Essen, Essen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 309.000 Euro um 9.270 Euro auf 318.270 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 309.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AFD        nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AFD        nein</p>

	<p>finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p> <p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b></p> <p><b>Titel 686 14 Gesellschaft für Angewandte Mikro- und Optoelektronik mbH (AMO)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 648.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">648.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 19.467 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 668.367 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF)</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 648.900 Euro	648.900 Euro	um 19.467 Euro		auf 668.367 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 648.900 Euro	648.900 Euro																														
um 19.467 Euro																															
auf 668.367 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

		zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 14</b></p> <p><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an die Gesellschaft für angewandte Mikro- und Optoelektronik mbH (AMO), Aachen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 648.900 Euro um 19.467 Euro auf 668.367 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 648.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AFD        nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AFD        nein</p>

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b></p> <p><b>Titel 686 15 Forschungsinstitut für Rationalisierung e. V. an der RWTH Aachen (FIR)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 978.500 Euro</td> <td>978.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 29.355 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.00.7855 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 978.500 Euro	978.500 Euro	um 29.355 Euro		auf 1.00.7855 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja.</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 978.500 Euro	978.500 Euro																														
um 29.355 Euro																															
auf 1.00.7855 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja.																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 15</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Forschungsinstitut für Rationalisierung e. V., Aachen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 978.500 Euro um 29.355 Euro auf 1.007.855 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 978.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b>  <b>Titel 686 16 Institut für Energie- und Umwelttechnik e. V. (IUTA)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.050.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.050.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 31.518 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.082.118 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 1.050.600 Euro	1.050.600 Euro	um 31.518 Euro		auf 1.082.118 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 1.050.600 Euro	1.050.600 Euro																														
um 31.518 Euro																															
auf 1.082.118 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 16</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Institut für Energie- und Umwelttechnik (IUTA) e. V., Duisburg</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.050.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.050.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 31.518 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.082.118 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<b>2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 1.050.600 Euro	1.050.600 Euro	um 31.518 Euro		auf 1.082.118 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 1.050.600 Euro	1.050.600 Euro																														
um 31.518 Euro																															
auf 1.082.118 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b></p> <p><b>Titel 686 17 Institut für Forschung und Transfer e. V. (RIF)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 412.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">412.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 12.360 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 424.360 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 412.000 Euro	412.000 Euro	um 12.360 Euro		auf 424.360 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 412.000 Euro	412.000 Euro																														
um 12.360 Euro																															
auf 424.360 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 17</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Institut für Forschung und Transfer (RIF) e. V., Dortmund</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 412.000 Euro um 12.360 Euro auf 424.360 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 412.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AFD            nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AFD            nein</p>

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b></p> <p><b>Titel 686 18 Zentrum für Brennstoffzellen Technik GmbH (ZBT)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.339.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.339.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 40.170 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.379.170 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 1.339.000 Euro	1.339.000 Euro	um 40.170 Euro		auf 1.379.170 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 1.339.000 Euro	1.339.000 Euro																														
um 40.170 Euro																															
auf 1.379.170 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 18</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Zentrum für BrennstoffzellenTechnik GmbH, Duisburg</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 1.339.000 Euro um 40.170 Euro auf 1.379.170 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 1.339.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b></p> <p><b>Titel 686 19 Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 2.235.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.235.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 67.050 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.302.050 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 2.235.000 Euro	2.235.000 Euro	um 67.050 Euro		auf 2.302.050 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 2.235.000 Euro	2.235.000 Euro																														
um 67.050 Euro																															
auf 2.302.050 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 19</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 2.235.000 Euro um 67.050 Euro auf 2.302.050 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 2.235.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b>  <b>Titel 686 20 Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsystem e. V. (DST)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 597.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">597.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 17.922 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 615.322 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>            Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 597.400 Euro	597.400 Euro	um 17.922 Euro		auf 615.322 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 597.400 Euro	597.400 Euro																														
um 17.922 Euro																															
auf 615.322 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 20</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme e. V. (DST), Duisburg</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 597.400 Euro um 17.922 Euro auf 615.322 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 597.400 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b></p> <p><b>Titel 686 21 Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen e. V. (FIW)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.450 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 530.450 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 515.000 Euro	515.000 Euro	um 15.450 Euro		auf 530.450 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 515.000 Euro	515.000 Euro																														
um 15.450 Euro																															
auf 530.450 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 21</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen (FiW) e. V.</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 515.000 Euro um 15.450 Euro auf 530.450 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 515.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AFD            nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AFD            nein</p>



		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b>  <b>Titel 686 22 Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.450 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 530.450 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 515.000 Euro	515.000 Euro	um 15.450 Euro		auf 530.450 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 515.000 Euro	515.000 Euro																														
um 15.450 Euro																															
auf 530.450 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 22</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das IKT – Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 515.000 Euro um 15.450 Euro auf 530.450 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 515.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AFD        nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AFD        nein</p>

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b>  <b>Titel 686 23 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH (IWW)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 515.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">515.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.450 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 530.450 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF)</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 515.000 Euro	515.000 Euro	um 15.450 Euro		auf 530.450 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 515.000 Euro	515.000 Euro																														
um 15.450 Euro																															
auf 530.450 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

		<p>zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titel 686 23</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft Zuschuss an das IWW – Rheinisch- Westfälisches Institut für Wasserforschung gemeinnützige GmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 515.000 Euro um 15.450 Euro auf 530.450 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 515.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Im Gegensatz zu den Hochschulen und den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen der großen Wissenschaftsgemeinschaften erhalten die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft keine jährliche Erhöhung ihrer Grundfinanzierung. Entsprechend den Steigerungen im Bund-Länder-Pakt für Forschung und Innovation, der für die von Bund und Ländern finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen gilt, sollte die Erhöhung für die JRF-Institute bei drei Prozent liegen.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AFD            nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AFD            nein</p>

		<p>Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	--	--



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 042 Finanzierungshilfen für Johannes-Rau-Forschungsinstitute</b></p> <p><b>Titelgruppe 61 Unterstützung zur Einwerbung von Programmtiteln</b></p> <p><b>Titel 686 61 Zuschüsse zu den Personal- und Sachaufwendungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 600.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Johannes-Rau-Forschungsinstitute zeigen seit Jahren, wie erfolgreiche Drittmittelbeschaffung aussehen kann. Dieser Umstand ist für Nordrhein-Westfalen ein Gewinn und muss somit weiter gefördert werden. Mithilfe der Förderung können Personalkosten in der Antragsstellung für die Drittmittelbeschaffung teilweise mitgetragen werden. Das unterstreicht die Wirksamkeit der Förderung. Damit weitere Drittmittel eingeworben werden können, benötigen die Johannes-Rau-Forschungsinstitute 200.000 Euro zusätzlich.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 400.000 Euro	400.000 Euro	um 200.000 Euro		auf 600.000 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 400.000 Euro	400.000 Euro																														
um 200.000 Euro																															
auf 600.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 042</b> <b>Titelgruppe 61</b></p> <p><b>Titel 686 61</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 400.000 Euro um 200.000 Euro auf 600.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> „Die verstärkte Einwerbung von Programmmitteln, wie beispielsweise Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Horizon 2020 durch die Einrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft ist im besonderen Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen. Daher unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen die Aktivitäten der Forschungseinrichtungen in der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft zur Einwerbung von Programmmitteln durch die Gewährung von Zuwendungen. Mit der Unterstützung bei der Einwerbung von</p>	<p><b>Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft</b> <b>Unterstützung zur Einwerbung von</b> <b>Programmmitteln</b> <b>Zuschüsse zu den Personal- und</b> <b>Sachaufwendungen</b></p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 400.000 Euro</p> <p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AFD            nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AFD            nein</p>

		<p>Programmmitteln sollen die entsprechenden Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft gezielt gestärkt werden.</p> <p>Ziel ist es, den Instituten der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft die notwendigen Spielräume für die erfolgreiche Einwerbung von Programmmitteln zu verschaffen und zugleich Anreize für eine möglichst breite Beteiligung der Einrichtungen an den Wettbewerben und Projektaufrufen zu setzen“ (s. Erläuterungsband zum Einzelplan 06, Kapitel 06 042, Titelgruppe 61).</p> <p>Die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel reicht jedoch nicht aus. Zusätzliche Mittel sind notwendig, damit NRW bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln erfolgreich sein kann. Die bisherigen Mittel reichen in der Regel nur zur Einwerbung von Landes- und Bundesförderung.</p> <p>Die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vereint die im Wesentlichen allein vom Land institutionell finanzierten außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Diese „Institute stehen für interdisziplinäre, an der Gesellschaft und dem 'menschlichen Maß' orientierte Forschung in Nordrhein-Westfalen.“, wie im Selbstverständnis der JRF steht. „Um eine ganzheitliche Betrachtung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu ermöglichen, haben sich 15 Forschungsinstitute aus den Gesellschafts- und Technikwissenschaften (...) zusammengeschlossen. (...) Das Ziel der Gemeinschaft ist es, Forschungsergebnisse nicht nur in die Kreise der Wissenschaft, sondern vor allem auch in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einzubringen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Alle Institute verfügen über besondere Alleinstellungsmerkmale und internationale Netzwerke in ihren Forschungsfeldern und sind in einer engen Kooperation mit mindestens einer Universität in Nordrhein-Westfalen verbunden. Sie sind damit wichtige Katalysatoren für die Forschungslandschaft in NRW insgesamt. (...)“</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p><b>Kapitel 06 050 Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 60 Musikpflege und Musikerziehung</b>  <b>Titel 633 60 Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 14.658.300 Euro</td> <td>11.756.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 4.331.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 10.362.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die hohen Kosten aus der Pandemiebewältigung müssen so früh wie möglich wieder aufgefangen werden. Daher sind Erhöhungen der Ansätze aus 2019 und 2020 nicht angemessen. Da zu erwarten ist, dass die Kultur auch in 2021 noch Beschränkungen erleben wird, ist eine Ausweitung derzeit auch nicht notwendig. 160.00 Euro für „Musikprojekte mit Geflüchteten“ sind außerdem zu streichen. Zuwanderer sind herzlich willkommen, sich an allen Projekten zu beteiligen. Extra Projekte für Flüchtlinge oder Zuwanderer sind daher nicht notwendig.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 14.658.300 Euro	11.756.800 Euro	um 4.331.500 Euro		auf 10.362.800 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AFD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AFD	ja
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
von 14.658.300 Euro	11.756.800 Euro																				
um 4.331.500 Euro																					
auf 10.362.800 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AFD	ja																				

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 06 050</b>  <b>Titelgruppe 62</b>  <b>Titel 633 62</b></p> <p><b>Kulturförderung</b>  <b>Theaterförderung</b>  <b>Zuweisungen an Gemeinden und</b>  <b>Gemeindeverbänden</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021</b>  von 35.437.800 Euro  um 2.906.100 Euro  auf 32.221.700 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b>  32.531.700 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Die hohen Kosten aus der Pandemiebewältigung müssen so früh wie möglich wieder aufgefangen werden. Daher sind Erhöhungen der Ansätze aus 2019 und 2020 nicht angemessen. Da zu erwarten ist, dass die Kultur auch in 2021 noch Beschränkungen erleben wird, ist eine Ausweitung derzeit auch nicht notwendig. 200.000 Euro für „Arabisches Theater- und Künstlerkollektiv Ruhr ‚COLLECTIVE MA‘ LOUBA‘ Theater an der Ruhr Mülheim sowie 110.000 Euro für „Interkulturelle Projekte, NRW-Landesbüro Freie Darstellende Künste, Dortmund“ sind außerdem zu streichen. Zuwanderer sind herzlich willkommen, sich an allen Projekten zu beteiligen. Extra Projekte für Flüchtlinge oder Zuwanderer sind daher nicht notwendig.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein  SPD            nein  FDP            nein  GRÜNE        nein  AFD            ja</p>

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 06 050</b> <b>Titelgruppe 62</b> <b>Titel 686 62</b></p> <p><b>Kulturförderung</b> <b>Theaterförderung</b> <b>Zuschüsse an Landestheater und das rheinisch-westfälische Theaterwesen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021</b> von 30.792.100 Euro um 5.244.500 Euro auf 25.547.600 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 29.840.200 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die hohen Kosten aus der Pandemiebewältigung müssen so früh wie möglich wieder aufgefangen werden. Daher sind Erhöhungen der Ansätze aus 2019 und 2020 nicht angemessen. Da zu erwarten ist, dass die Kultur auch in 2021 noch Beschränkungen erleben wird, ist eine Ausweitung derzeit auch nicht notwendig. Zuschüsse in Höhe von 12.706.400 Euro „insb.“ für „Freie Szene“ sind angesichts in den Vorjahren geförderter Projekte wie „Demokratiestärkende Methoden im Tanz“ zu hoch.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        nein FDP        nein GRÜNE    nein AFD        ja</p>

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 06 050</b> <b>Titelgruppe 63</b></p> <p><b>Titel 633 63</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021</b> von 2.022.000 Euro um 3.000.000 Euro auf 7.022.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund des Bibliothekstärkungsgesetzes (Drucksache 17/5637) dürfen Bibliotheken auch sonntags öffnen. Daraus ergibt sich für die ohnehin längst unterversorgten Büchereien zusätzlicher Bedarf. Auch im Vorjahr beantragten wir die Erhöhung um 3.000.000 Euro.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           nein FDP           nein GRÜNE       nein AFD           ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 050 Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 64 Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche</b>  <b>Titel 633 64 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 12.042.500 Euro</td> <td>8.042.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 6.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 18.042.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Im Zuge der Corona-Pandemie ist ziemlich zu erwarten, dass bei einer nicht unerheblichen Anzahl von Kindern Defizite im Bereich der Elementarbildung entstehen, bzw. bereits entstanden sind. Insoweit ist es bedeutsam auch Kultureinrichtungen zu ermutigen und zu ertüchtigen, im Rahmen ihrer Angebotsmöglichkeiten als außerschulischer Lernort, Kompensationsangebote zu entwickeln. Hier sind insbesondere die Musikschulen, Bibliotheken, Volkshochschulen, soziokulturellen Zentren, Museen, Kinos und Theater zu betrachten.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 12.042.500 Euro	8.042.500 Euro	um 6.000.000 Euro		auf 18.042.500 Euro		<p><b>Votum AKM</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>keine Teilnahme</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	keine Teilnahme	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 12.042.500 Euro	8.042.500 Euro																														
um 6.000.000 Euro																															
auf 18.042.500 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	keine Teilnahme																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enth.																														
AFD	nein																														



Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 06 050</b> <b>Titelgruppe 66</b></p> <p><b>Kulturförderung</b> <b>Allgemeine und regionale Kulturförderung,</b> <b>internationaler Kulturaustausch und innovative</b> <b>Entwicklungen in der Kultur</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021</b> von 21.145.900 Euro um 436.000 Euro auf 20.709.900 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 17.185.900 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Zuschüsse für „Interkulturelle Kulturarbeit“ von 872.000 Euro sind angesichts teils dubioser Vorjahresempfänger zu hoch.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           nein FDP           nein GRÜNE       nein AFD           ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 050 Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 66 Allgemeine und regionale Kulturförderung, internationaler Kulturaustausch und innovative Entwicklungen in der Kultur</b></p> <p><b>Titel 686 66 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021 Ansatz lt. HH 2020</b>  von 12.206.200 Euro 8.276.200 Euro  um 2.900.000 Euro  auf 15.106.200 Euro</p> <p><b>Begründung</b>  Der Kulturbetrieb stellt einen Spiegel der Gesellschaft dar, verarbeitet Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sowohl auf der Ebene der Kulturschaffenden als auch der Ausdrucksformen von Kunst und Kultur, muss eine Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen und Themen gewährleistet werden. D.h. Vielfalt muss sich auf allen Ebenen wiederfinden, umso mehr je vielfältiger unsere Gesellschaft wird. Sowohl in der Titelgruppe 66 als auch in allen anderen Bereichen muss daher Interkulturalität eine bedeutendere Rolle als im Moment spielen.  Daher fordern wir 500.000 € zusätzlich für interkulturelle Ansätze in allen Sparten. Immer mehr Kulturschaffende aus autokratisch geführten Regimen suchen in den letzten Jahren Zuflucht in Deutschland. Dies trifft vor allem auch auf Künstlerinnen</p>	<p><b>Votum AKM</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  FDP nein  GRÜNE keine Teilnahme  AFD nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  FDP nein  GRÜNE Enth.  AFD nein</p>

		<p>und Künstler aus der Türkei zu. Kulturstätten, die diesen Kulturschaffenden eine Bühne bieten müssen unterstützt werden. Dafür werden 150.000 € bereitgestellt.</p> <p>Für einen angemessenen Kampf gegen Rassismus ist es nötig, zunächst zu wissen, wo und wie (empirisch und phänomenologisch) er sich zeigt und welche Folgen besonders für Opfer er erzeugt.</p> <p>Dies gilt es in einem ersten Schritt auch innerhalb der Kulturszene zu betrachten. In einem zweiten Schritt gälte es, Präventionsmaßnahmen nach innen und außen zu erarbeiten. Das Geld wäre für eine wissenschaftliche Untersuchung, Berichte und erste Projekte. Dafür werden 500.000 € bereitgestellt.</p> <p>Kulturelle Lernorte sind von immenser Bedeutung. Verstärkt zeigt sich dies in der Corona-Pandemie. Eine flächendeckende Digitalisierung (hier zunächst nur erst einmal die Anbindung an ein schnelles Netz) ist aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten, Finanzierbarkeiten und Trägerschaften schwierig. Es bedarf deutlicherer Koordination und Beratung, um zunächst einmal die Entwicklungsstände zu ermitteln und dann zielgerichtet die Digitalisierung für die Einrichtungen voranzureiben Musikschulen, Bibliotheken, Volkshochschulen, soziokulturellen Zentren, Museen, Kinos und Theater und die jeweiligen Lernorte bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Dies gilt besonders für Musikschulen, Bibliotheken, Volkshochschulen, soziokulturellen Zentren, Museen, Kinos und Theater. Dafür werden 750.000 € bereitgestellt.</p> <p>In Zeiten der Corona-Pandemie ist es einer Mehrzahl der Künstler*innen nicht möglich, ihrem Publikum und damit auch „Kunden“ auf analogem Wege nahe zu kommen, bzw. Einkünfte aus ihrer analogen Tätigkeit zu erzielen. Der digitale Sektor verspricht hier einen weiteren gangbaren Weg. Hier bedarf es aber fairer Vermarktungsplattformen und eines „Know-hows“. Es sollen daher neue und leicht bedienbare Bezahlstrategien erarbeitet und etabliert, sowie Zugangsfähig gemacht werden. Dafür werden 500.000 € bereitgestellt.</p> <p>Klimaschutz ist eine wichtige und zentrale politische Forderung unserer Zeit. Insoweit ist es mehr als konsequent, den Kultursektor auf Veränderungspotential und Notwendigkeiten hin zu überprüfen. Dies richtet sich besonders auf eine Studie,</p>	
--	--	---	--

		<p>bzw. Aufarbeitung verschiedenster Expertisen mit Zielrichtung der Erarbeitung von Handlungsoptionen für die verschiedenen Sparten. Dies umfasst auch eine Überprüfung der Förderbedingungen und Förderrichtlinien. Nicht zuletzt auf eine Bestandsaufnahme energetische Sanierungsbedarfe. Dafür werden 250.000 € bereitgestellt.</p> <p>Für einen angemessenen Kampf für Gendergerechtigkeit aber auch im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen, ist es nötig, zunächst zu erkennen, wo und wie sich Problemlagen zeigen und wo und wie diese abgebaut werden können bzw. Strukturveränderungen reifen müssen und können. Hierbei sollten die Erkenntnisse des Frauenbüros und der Studie des Kulturrates „Frauen in Kultur und Medien“ berücksichtigt werden und eine weitere Diskussion, ein Berichtswesen und Projekte zu den Änderungspotentialen vorangetrieben werden.</p> <p>Auch ist zu klären, in wie weit eine eigene Beratungsstelle (vgl. Themis) in NRW betrieben werden sollte. Insgesamt werden hierfür 250.000 € bereitgestellt.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 050 Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 67 Förderung von Kulturbauten</b>  <b>Titel 883 67 Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden (GV)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 12.780.100 Euro</td> <td>9.604.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 16.790.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aufgrund der Pandemie ergeben sich derzeit zwei Möglichkeiten, bzw. Forderungen. Erstens können aufgrund der geringeren Auslastung leichter Baumaßnahmen zur Ertüchtigung im Hinblick auf verbessertem Zugang zu Kultureinrichtungen und Kulturangeboten für Menschen mit Handicap durchgeführt werden. Zweitens bedarf es vielerorts technischer Aufrüstung bei der Verbesserung der Durchlüftung von Räumen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 12.780.100 Euro	9.604.100 Euro	um 4.000.000 Euro		auf 16.790.100 Euro		<p><b>Votum AKM</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>keine Teilnahme</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	keine Teilnahme	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 12.780.100 Euro	9.604.100 Euro																														
um 4.000.000 Euro																															
auf 16.790.100 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	keine Teilnahme																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enth.																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 050 Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 69 Stärkungsinitiative Kultur</b>  <b>Titel 685 69 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</b></p> <p>Anbringung eines Baransatzes</p> <p><b>HH 2021 Ansatz lt. HH 2020</b>            von - Euro            um 1.000.000 Euro            auf 1.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung</b>            Eine Anpassung der Bezüge an aktuelle Tarifsätze von Beschäftigten kultureller Einrichtungen, die institutionell vom Land gefördert werden, ist unbedingt erforderlich. Daher fordern wir eine Tarifsteigerung für alle institutionell geförderten Einrichtungen. Dafür sind 1 Millionen Euro vorgesehen.</p>	<p><b>Votum AKM</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU          nein            SPD          ja            FDP          nein            GRÜNE      keine                            Teilnahme            AFD          nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU          nein            SPD          ja            FDP          nein            GRÜNE      Enth.            AFD          nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 050 Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 69 Stärkungsinitiative Kultur</b>  <b>Titel 686 69 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 18.305.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.254.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 6.249.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 12.055.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung</b> Die konkrete Verteilung der Summen erfolgt durch entsprechende Änderungsanträge.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 18.305.000 Euro	20.254.800 Euro	um 6.249.100 Euro		auf 12.055.900 Euro		<p><b>Votum AKM</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">keine Teilnahme</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	keine Teilnahme	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 18.305.000 Euro	20.254.800 Euro																														
um 6.249.100 Euro																															
auf 12.055.900 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	keine Teilnahme																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enth.																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 050 Kulturförderung</b>  <b>Titelgruppe 69 Stärkungsinitiative Kultur</b>  <b>Titel 633 69 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 7.750.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.751.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 7.750.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung</b> Die konkrete Verteilung der Summen erfolgt durch entsprechende Änderungsanträge.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 7.750.900 Euro	11.751.000 Euro	um 7.750.900 Euro		auf 0 Euro		<p><b>Votum AKM</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">keine Teilnahme</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	keine Teilnahme	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 7.750.900 Euro	11.751.000 Euro																														
um 7.750.900 Euro																															
auf 0 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	keine Teilnahme																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enth.																														
AFD	nein																														



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 051</b>      <b>gesetzliche Leistungen nach StrRehaG, Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG, Aufwendungen für den Landesbeirat und den Landesbeauftragten für Vertriebene und Aussiedler</b></p> <p><b>Titelgruppe 63</b>      <b>Durchführung von Aufgaben nach § 96 Bundesvertriebenengesetz</b></p> <p><b>Titel 684 63</b>      <b>Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2020</b>      <b>Ansatz lt. HH 2020</b>            von 2.692.000 Euro      2.692.000 Euro            um 100.000 Euro            auf 2.792.00 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>            Die zusätzlichen 100.000€ sollen in Projekte und Sanierungs- und Umbauarbeiten des Gerhart-Hauptmann-Hauses fließen.</p>	<p><b>Votum AKM</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU      nein            SPD      ja            FDP      nein            GRÜNE      keine Teilnahme            AFD      nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU      nein            SPD      ja            FDP      nein            GRÜNE      ja            AFD      nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
1	AfD	<p><b>Kapitel 06 070      Kapitel-Landeszentrale für politische Bildung</b>  <b>Titel 684 22      Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus</b></p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 3.001.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.150.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.001.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Streichung trägt dem Gedanken Rechnung, dass die Verwendung der Mittel im Kampf gegen Extremismus und verfassungsfeindlichen Islamismus / Salafismus ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Die Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus werden bereits mit dem Titel 231 20 ausreichend berücksichtigt. Insofern wird davon ausgegangen, dass die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem Salafismus ausgehen, eine unterschiedliche Berücksichtigung bei der Mittelverwendung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd gleichgelagerten Gefährdungspotentials und unter weitergehender Berücksichtigung der im Titel 231 20 zweckgebundenen Mittel i.H.v. 1.954.400 Euro ist der Titel 684 22 somit zu streichen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 3.001.000 Euro	3.150.000 Euro	um 3.001.000 Euro		auf 0 Euro		<p>gegenläufiger Antrag SPD/GRÜNE</p> <p><b>Votum HPA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AFD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AFD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AFD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AFD	ja
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 3.001.000 Euro	3.150.000 Euro																														
um 3.001.000 Euro																															
auf 0 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AFD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AFD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung</b>  <b>Titel 684 22 Beratungsleistungen gegen</b>  <b>Rechtsextremismus und Rassismus</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 3.001.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 1.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.001.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">3.150.000 Euro</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Mittel dienen der Stärkung der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Aufgrund der steigenden Zahl von Beratungsfällen bestehen finanzielle Mehrbedarfe bei den Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, den beiden spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt sowie bei der zivilgesellschaftlich getragenen Aussteigerberatungsstelle „NinA NRW“. Zudem sollen weitere Kommunen die Möglichkeit haben, sich Mittel aus dem Förderprogramm „NRWtoffen“ zu beantragen.</p> <p>Die vorgesehenen Mittel sollen wie folgt verteilt sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 500.000 Euro für die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus</li> </ul>	<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 3.001.000 Euro			um 1.000.000 Euro			auf 4.001.000 Euro		3.150.000 Euro	<p>gegenläufiger Antrag AfD</p> <p><b>Votum HPA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																																	
von 3.001.000 Euro																																			
um 1.000.000 Euro																																			
auf 4.001.000 Euro		3.150.000 Euro																																	
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AFD	nein																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AFD	nein																																		

		<ul style="list-style-type: none"><li>• 200.000 Euro für die beiden spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt</li><li>• 100.000 Euro für die Aussteigerberatung „Nina NRW“</li><li>• 200.000 Euro für das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“</li></ul>	
--	--	---	--



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p><b>Kapitel 06 070</b>      <b>Kapitel-Landeszentrale für politische Bildung</b>  <b>Titel 684 24</b>         <b>Beratungsleistungen gegen Islamismus und</b>  <b>verfassungsfeindlichen Salafismus</b></p> <p>Einführung eines neuen Titels</p> <table border="0"> <tr> <td><b>HH 2021</b></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von                      0 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um    1.625.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf    1.625.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Einführung eines neuen Titels trägt dem Gedanken Rechnung, dass die Verwendung der Mittel im Kampf gegen Extremismus ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Es wird davon ausgegangen, dass die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem verfassungsfeindlichen Salafismus ausgehen, eine signifikant unterschiedliche Berücksichtigung bei der Mittelverwendung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd gleichgelagerten Gefährdungspotentials und unter weitergehender Berücksichtigung des Umstandes, dass die Beratungsleistungen im Übrigen auch die Gefahren, die vom verfassungsfeindlichen Islamismus ausgehen, abbilden sollten, erscheint es angebracht, ersatzweise einen neuen Titel einzuführen der Beratungsleistungen gegen Islamismus abbildet. Im Hinblick auf die Ansätze bei den Titeln gegen Rechtsextremismus und Linksextremismus ergibt sich rechnerisch ein Betrag i.H.v. 1.625.500 Euro.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von                      0 Euro	0 Euro	um    1.625.500 Euro		auf    1.625.500 Euro		<p><b>Votum HPA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von                      0 Euro	0 Euro																														
um    1.625.500 Euro																															
auf    1.625.500 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 06 070                    Kapitel-Landeszentrale für politische Bildung</b> <b>Titel 684 25                        Beratungsleistungen gegen Linksextremismus</b></p> <p>Einführung eines neuen Titels</p> <p><b>HH 2021                                Ansatz lt. HH 2020</b> von                         0 Euro                                        0 Euro um    1.625.500 Euro auf    1.625.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Einführung eines neuen Titels trägt dem Gedanken Rechnung, dass die Verwendung der Mittel im Kampf gegen Extremismus und verfassungsfeindlichen Salafismus ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Es wird davon ausgegangen, dass die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem Islamismus ausgehen, eine signifikant unterschiedliche Berücksichtigung bei der Mittelverwendung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd gleichgelagerten Gefährdungspotentials, erscheint es angebracht, einen neuen Titel einzuführen der Beratungsleistungen gegen Linksextremismus i.H.v. 1.625.500 Euro abbildet.</p>	<p><b>Votum HPA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU                nein SPD                nein FDP                nein GRÜNE            nein AFD                ja</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU                nein SPD                nein FDP                nein GRÜNE            nein AfD                ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 06 072 Landesförderungen der Weiterbildung</b> <b>Titel 633 20 Zuweisungen für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 49.159.500 Euro</td> <td>49.159.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 7.373.925 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 56.533.425 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Da sich die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes verzögert, wird es in 2021 noch keine systematische Ergänzung der Weiterbildung-Förderung um die Bedarfe für digitales Lernen geben. Die Einrichtungen müssen sich, ganz besonders infolge der Corona-Pandemie, diesen Herausforderungen stellen. Dafür benötigen sie mehr Geld. Deshalb ist eine vorgezogene deutliche Erhöhung der Finanzmittel notwendig.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 49.159.500 Euro	49.159.500 Euro	um 7.373.925 Euro		auf 56.533.425 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 49.159.500 Euro	49.159.500 Euro																														
um 7.373.925 Euro																															
auf 56.533.425 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	nein																														



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD Grüne	<p><b>Kapitel 06 072 Landesförderungen der Weiterbildung</b> <b>Titel 684 10 Zuschüsse für zertifizierte Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 51.241.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">51.054.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 7.658.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 58.899.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Da sich die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes verzögert, wird es in 2021 noch keine systematische Ergänzung der Weiterbildung-Förderung um die Bedarfe für digitales Lernen geben. Die Einrichtungen müssen sich, ganz besonders infolge der Corona-Pandemie, diesen Herausforderungen stellen. Dafür benötigen sie mehr Geld. Deshalb ist eine vorgezogene deutliche Erhöhung der Finanzmittel notwendig.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 51.241.500 Euro	51.054.000 Euro	um 7.658.100 Euro		auf 58.899.600 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 51.241.500 Euro	51.054.000 Euro																														
um 7.658.100 Euro																															
auf 58.899.600 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	AfD	<p><b>Kapitel 06 100 Hochschule Allgemein</b></p> <p><b>Titel 685 56 Zuschüsse an die Hochschulen in der Trägerschaft des Landes zur Förderung eines Diversity-Managements</b></p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>210.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">210.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>210.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Zentrale strategische Aufgabe eines Studiums ist die Vermittlung von Inhalten und nicht die Herstellung von Ideologie getriebener „Bildungsgerechtigkeit“ durch ein Diversity-Management.</p>	<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von	210.000 Euro	210.000 Euro	um	210.000 Euro		auf	0 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																																	
von	210.000 Euro	210.000 Euro																																	
um	210.000 Euro																																		
auf	0 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	nein																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	nein																																		
AfD	ja																																		
CDU	nein																																		
SPD	nein																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	nein																																		
AfD	ja																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	AfD	<p><b>Kapitel 06 100 Hochschule allgemein</b></p> <p><b>Titelgruppe 73 Förderung der Gleichstellung an Hochschulen</b></p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>4.356.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.290.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3.556.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>800.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Zielvorgabe erfordert keinen derartigen Mittelaufwand. Gleichberechtigung betrachten wir in diesem Land als gegeben.</p>	<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von	4.356.500 Euro	4.290.000 Euro	um	3.556.500 Euro		auf	800.000 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																																	
von	4.356.500 Euro	4.290.000 Euro																																	
um	3.556.500 Euro																																		
auf	800.000 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	nein																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	nein																																		
AfD	ja																																		
CDU	nein																																		
SPD	nein																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	nein																																		
AfD	ja																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 100</b> <b>Titelgruppe 77</b> <b>Titel neu</b></p> <p>Hochschulen Allgemein Digitalisierung an Hochschulen Zuschüsse an Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke</p> <p>Neuer Titel</p> <p><b>2021</b> von - Euro um 250.000.000 Euro auf 250.000.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2020 -</p> <p>Verpflichtungsermächtigung 350.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Der Titel dient dazu, das in NRW unbedingt notwendige Programm aufzulegen für eine umfassende Digitalisierung der Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke. Voraussichtlich knapp die Hälfte der Mittel muss den Einrichtungen künftig dauerhaft zur Verfügung</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AFD nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

		stehen. Diese Mittel sind nach Zuweisung entsprechend zu verstetigen. Investitionsbedarfe in Folgejahren müssen stets durch ausreichende Ansätze unterlegt werden, damit Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke nicht bei einmaligen IT-Anschaffungen verbleiben, sondern nach einem angemessenen Zeitraum wieder auf den technischen Stand der Zeit kommen können, sowie um gestaffelte Digitalisierungsprozesse nach Organisationsbereichen zu erlauben.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 100</b> <b>Titel neu</b></p> <p>Hochschulen Allgemein Planungs- und Baukostenzuschüsse an den BLB NRW zur Brückenfinanzierung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden der Hochschulen</p> <p>Neuer Titel</p> <p><b>2021</b> von - Euro um 72.900.000 Euro auf 72.900.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> -</p> <p><b>Begründung:</b> NRW hat eine der dichtesten Hochschullandschaften in Europa. Forschung und Lehre brauchen gute Rahmenbedingungen. Moderne Gebäude sind hierbei ein ganz wesentlicher Teil. Die Basis des Erfolgs in Bildung, Wissenschaft und Forschung ist eine gute Infrastruktur – analog und digital. Während im Wesentlichen das Hochschulmodernisierungsprogramm (HMoP) die Sanierung und Modernisierung der Hochschulen für die Jahre 2009-2015 abdeckte, folgte das Hochschulbau-Konsolidierungsprogramm (HKoP) für die Jahre 2016-2020.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AFD        nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AfD        nein</p>

	<p>Sanierung und Modernisierung tragen gleichzeitig dazu bei, den Gebäudebestand wärme- und energieeffizienter zu gestalten. Dies ist notwendig, damit NRW das Ziel erreichen kann bis spätestens 2050 klimaneutral zu sein.</p> <p>Im Einzelplan 06 des Haushaltsentwurfs 2021 ist noch kein Nachfolgeprogramm zum Hochschulbau vorgesehen. An den Hochschulen besteht jedoch weiterhin und absehbar weiterer Sanierungs- und Modernisierungsbedarf.</p> <p>Zur Brückenfinanzierung, bis die Landesregierung ein neues Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Hochschulen in NRW erarbeitet hat, ist die für 2021 vorgesehene Reduzierung des HKoP-Ansatzes durch einen neuen Titel in gleicher Höhe zu kompensieren.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 06 100</b> <b>Titel neu</b></p> <p style="text-align: right;"><b>Hochschulen Allgemein</b> <b>Zuweisungen vom "Sondervermögen zur</b> <b>Finanzierung aller direkten und indirekten</b> <b>Folgen der Bewältigung der Corona-</b> <b>Krise" zur Kompensation von</b> <b>Investitionsausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von                   0 Euro um   322.900.000 Euro auf   322.900.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b>                                   0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Aus dem „Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“ sollen im Haushaltsjahr 2021 Investitionen getätigt werden, die die drohende schwere Rezession in Folge der akuten Corona-Pandemie abmildern sollen. Dieser Einnahmetitel dient der Kompensation entsprechender Ausgabenerhöhungen im Kapitel 06 100.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           Enth. FDP           nein GRÜNE       ja AFD           nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           Enth. FDP           nein GRÜNE       ja AfD           nein</p>



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	SPD	<p><b>Kapitel 06 182      Medizinische Fakultät OWL der Universität Bielefeld</b>  <b>Titel 685 10        Zuschüsse für den laufenden Betrieb</b></p> <p>Anbringung einer Verpflichtungsermächtigung über 65.000.000 € mit der Fälligkeit 2024</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die neue Medizinische Fakultät OWL der Universität Bielefeld braucht Planungssicherheit ab dem Jahr 2024 und benötigt daher einen erhöhten Mittelansatz.</p> <p>Daher wird eine VE eingerichtet.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 70%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 70%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
CDU	nein																						
SPD	Enth.																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AFD	nein																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
FDP	nein																						
GRÜNE	ja																						
AfD	nein																						

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 260 Fernuniversität in Hagen</b>  <b>Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td><b>HH 2021</b></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 76.582.300 Euro</td> <td>75.755.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 12.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 89.082.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die FernUniversität in Hagen hat in den vergangenen 40 Jahren in erheblichem Maße zur Durchlässigkeit des Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen beigetragen. Um ihr Forschungsprofil zu schärfen und ihr Lehrangebot zeitgemäß weiterzuentwickeln, wurden der FernUniversität wiederholt zusätzliche finanzielle Mittel zugesagt. In den Landeshaushalten 2019 und 2020 blieb eine angemessene Erhöhung der Grundfinanzierung gleichwohl aus. CDU und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, die FernUniversität in Hagen „zu einer weltweit führenden und forschungsorientierten Open University Hagen“ auszubauen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 76.582.300 Euro	75.755.800 Euro	um 12.500.000 Euro		auf 89.082.300 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AFD</td> <td>nein</td> </tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AFD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 76.582.300 Euro	75.755.800 Euro																														
um 12.500.000 Euro																															
auf 89.082.300 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 530 Hochschule für Musik Detmold</b>  <b>Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 16.672.800 Euro</td> <td>16.358.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 19.672.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Mit den geforderten drei Millionen Euro sollen bestehende Lehraufträge in feste Stellen umgewandelt werden. Lehrbeauftragte an Musikhochschulen sind zwar Dozenten an Hochschulen, besitzen aber wie Honorarkräfte keinen festen Arbeitsvertrag. Nach dem Bericht des Hochschulausschusses der „Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder“ zu der Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen 2014 „sollten für Aufgaben, die von nicht nur temporärer Bedeutung (sind) ...auf Dauer angelegte Beschäftigungsverhältnisse vorgezogen werden“.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 16.672.800 Euro	16.358.800 Euro	um 3.000.000 Euro		auf 19.672.800 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 16.672.800 Euro	16.358.800 Euro																														
um 3.000.000 Euro																															
auf 19.672.800 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enth.																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enth.																														
AfD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

<b>lfd. Nr. des Antrags</b>	<b>Antrag der Fraktion/en</b>	<b>Antrag</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
	SPD	<p><b>Kapitel 06 540 Hochschule für Musik und Tanz Köln</b>  <b>Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021</b>            von 31.398.700 Euro            um 5.000.000 Euro            auf 36.398.700 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b>            30.563.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>            Mit den geforderten fünf Millionen Euro sollen bestehende Lehraufträge in feste Stellen umgewandelt werden. Lehrbeauftragte an Musikhochschulen sind zwar Dozenten an Hochschulen, besitzen aber wie Honorarkräfte keinen festen Arbeitsvertrag. Nach dem Bericht des Hochschulausschusses der „Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder“ zu der Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen 2014 „sollten für Aufgaben, die von nicht nur temporärer Bedeutung (sind) ...auf Dauer angelegte Beschäftigungsverhältnisse vorgezogen werden“.</p>	<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein            SPD           ja            FDP           nein            GRÜNE       Enth.            AFD           nein</p> <p><b>HFA:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein            SPD           ja            FDP           nein            GRÜNE       Enth.            AfD           nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 570 Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf</b>  <b>Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 16.215.500 Euro</td> <td>15.464.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 20.215.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Mit den geforderten vier Millionen Euro sollen bestehende Lehraufträge in feste Stellen umgewandelt werden. Lehrbeauftragte an Musikhochschulen sind zwar Dozenten an Hochschulen, besitzen aber wie Honorarkräfte keinen festen Arbeitsvertrag. Nach dem Bericht des Hochschulausschusses der „Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder“ zu der Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen 2014 „sollten für Aufgaben, die von nicht nur temporärer Bedeutung (sind) ...auf Dauer angelegte Beschäftigungsverhältnisse vorgezogen werden“.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 16.215.500 Euro	15.464.700 Euro	um 4.000.000 Euro		auf 20.215.500 Euro		<p><b>Votum WissA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>HFA:</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																														
von 16.215.500 Euro	15.464.700 Euro																														
um 4.000.000 Euro																															
auf 20.215.500 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enth.																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	Enth.																														
AfD	nein																														